

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Offener Brief zum Internationalen Tag der Pflegenden am 12. Mai

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

seit fast 60 Jahren wird international einmal im Jahr der Beitrag der beruflich Pflegenden für unsere Gesellschaften gewürdigt. Der „International Nurses Day“ (IND) wurde vom International Council of Nurses eingeführt und 1974 auf den Geburtstag von Florence Nightingale gelegt.

Dieses Jahr nehmen wir den IND zum Anlass, uns in einem offenen Brief an Sie zu wenden, um mehr als sonst den gesellschaftlichen Beitrag der beruflich Pflegenden sichtbar zu machen und zu unterstreichen. Dies erscheint uns vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft und der Welt von besonderer Bedeutung und Dringlichkeit.

Wir erleben derzeit große Krisen. Nach der Corona-Pandemie, deren Folgen noch nicht hinreichend aufgearbeitet sind, stellt uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der Überfall der Hamas auf Israel mit der damit ausgelösten humanitär-katastrophalen Gewalteskalation vor große Herausforderungen. In Verbindung mit der politischen Entwicklung in den USA wird jetzt vermehrt auf Verteidigung und entsprechende Ressourcenallokation geschaut, um unser freiheitlich-demokratisches Gesellschaftsmodell, das wir gegenüber anderen Gesellschaftsmodellen bevorzugen, verteidigen zu können.

Trotz Applaus von den Balkonen und der Einsicht während der Pandemie, dass alle gesellschaftlichen Bereiche auf ein funktionierendes

Gesundheitssystem angewiesen sind, wird die große inländische Krise im Pflegebereich verschleppt und unterschätzt, obwohl sie sich seit Jahren ankündigt. Alarmierende Berichte aus der Praxis finden sich fast täglich in den Medien, die Pflegeversicherungen stehen erneut kurz vor der Insolvenz, vom Mangel an Fach- und Assistenzkräften in der Pflege wird ebenfalls fortlaufend berichtet. Laut des aktuellen DAK-Pflegereports stehen hier einschneidende Kippunkte bevor. Entschlossenes politisches Handeln, die Krise zu bewältigen, war und ist bislang nicht zu erkennen. Bisherige Maßnahmen hatten nicht die notwendige Reichweite oder wurden angesichts anderer Herausforderungen rasch depriorisiert.

Dabei ist es die Pflege, die wesentlich die Würde der Menschen – einen unserer Grundwerte – sichert. Ihre Sicherung ist strukturell verankerte Solidarität mit den Kranken und Schwachen und bedeutet Würde auch für Menschen in Phasen der Abhängigkeit. Gelingt dies nicht mehr, wird der Verlust größer sein als die Not mancher Angehöriger, die keinen Platz mehr im Heim oder beim ambulanten Pflegedienst bekommen, größer als die Not einzelner Gepflegter, die ihr Lebensende in gehetzter Versorgung oder bitterer Einsamkeit erfahren. Es wird ein Verlust für unsere ganze Gesellschaft, denn er betrifft die Aufgabe der Solidarität mit den Schwächeren und damit die Aushöhlung des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Pflege steht damit entscheidend für unser Gesellschaftsmodell als Sozialstaat, das in Deutschland untrennbar mit seiner freiheitlich-demokratischen Ordnung verbunden ist. Wenn wir davon überzeugt sind, dass es sich lohnt, unser Gesellschaftsmodell an den Außengrenzen zu verteidigen, dann dürfen wir es gleichzeitig nicht von innen erodieren lassen. Zeitenwende darf nicht heißen, sich von Solidarität und Sozialstaat abzuwenden.

Vor diesem Hintergrund halten wir den Vorschlag für ein Sozialmoratorium für fatal und auch nicht für sachgerecht.

Die Sorge um die wirtschaftliche Situation erscheint selbstverständlich berechtigt. Jedoch ist das vermittelte Schwarz-Weiß-Bild, dass der „Sozialbereich“ ausschließlich Kosten verursacht und Produktivität und Wertschöpfung nur in anderen Bereichen zu finden sind, irreführend bis populistisch. Die Abhängigkeiten und Verbindungen der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche nicht anzuerkennen und sie gegeneinander auszuspielen, ist – gerade in einer politisch polarisierten Situation – fahrlässig.

Ein Sozialmoratorium würde empfindlich auf Pflege angewiesene Menschen, aber auch pflegende Angehörige und die Berufsgruppe der Pflegenden treffen und damit gegenläufige Effekte auslösen: noch weniger Frauen könnten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen oder ihre Teilzeitquote erhöhen.

Der International Council of Nurses, in dem wir als DBfK Deutschland vertreten, hat jetzt seinen diesjährigen Bericht unter dem Titel „Our Nurses. Our Future. The economic power of care“ veröffentlicht. In dem Bericht wird deutlich, welche große wirtschaftliche Kraft der Pflegebereich weltweit hat. Das Schaffen von Arbeitsplätzen in diesem Bereich unterstützt die Armutsbekämpfung und trägt zur Gleichstellung der Geschlechter bei. Eine verbesserte Gesundheitsversorgung hat signifikanten Einfluss auf das Bruttoinlandsprodukt eines Landes. Der International Council of Nurses spricht sich ausdrücklich dafür aus, insbesondere das Potenzial der in der Primärversorgung tätigen Pflegefachpersonen zu heben und darauf hinzuwirken, dass die Berufsgruppe ihr volles Tätigkeitsspektrum ausüben kann. So wird ein wichtiger Beitrag für Effizienz und Effektivität des Gesundheitssystems geleistet. Investitionen in Gesundheit sind Investitionen in wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand.

Diese Aussagen treffen auch auf Deutschland zu. Der hohe Anteil der Frauen in der informellen und der beruflichen Pflegearbeit hat eindeutige wirtschaftliche Effekte. Da im Zusammenhang mit Pflege oft auf die Kosten verwiesen wird, ist uns wichtig, an dieser Stelle ganz entschieden zu betonen, dass in diesem Bereich traditionell bereits erheblich gespart wird, indem die informelle Pflege unbezahlt bzw. seit der Einführung der sozialen Pflegeversicherung nur zu kleinen Teilen ihres eigentlichen Werts entgolten wird. Die berufliche Pflege – vor allem die Langzeitpflege – gehört ebenfalls traditionell nicht zu den höher bezahlten Berufen und befand sich bis vor kurzem in der Nähe der Mindestlohnbemessung.

Auf professionelle Pflege zurückgreifen zu können, bedeutet für viele Frauen, ihrer Erwerbstätigkeit (weiter) nachgehen zu können oder ihre Arbeitszeit nicht reduzieren zu müssen. Sie könnten in Zeiten des Fachkräftemangels dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und müssten weniger um ihre spätere Rentenhöhe fürchten. Investitionen in die berufliche Pflege bedeuten also auch über die beruflich Pflegenden hinaus mehr Produktivität. Für beide Gruppen – die informell als auch die beruflich pflegenden Frauen – wird darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter geleistet.

Statt Sozialmoratorien als Maßnahme vorzuschlagen, plädieren wir für mutige Reformen im Gesundheits- und Pflegebereich. Wir sehen großes Potenzial, Ausgaben zu verringern und gleichzeitig die Ergebnisse zu verbessern. Es gilt, die Primärversorgung zu verbessern und Pflegebedürftigkeit wirksam zu verhindern. Die Rollen der beruflichen Pflege sollten zügig erweitert und eine neue Aufgabenteilung unter den Gesundheitsberufen vorgenommen werden. Insbesondere in der Langzeitpflege sollten Doppelstrukturen abgeschafft, die dazugehörige Bürokratie zurückgefahren und der beruflichen Pflege mehr Verantwortung übertragen werden. Die

Ergebnisse unserer Umfrage „Pflege, wie geht es dir?“ im Vorfeld des diesjährigen IND zeigen deutlich, dass mehr als zwei Drittel der Pflegefachpersonen bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen. Diesen Schatz gilt es zu heben!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, treten Sie – auch als Vertreter Ihrer Partei –, der Wahrnehmung von „Sozialem“ als ausschließlichem Kostenfaktor entschieden entgegen. Wir bitten Sie inständig, der großen inländischen Krise, auf die wir zusteuern, die notwendige Priorität einzuräumen und den Wert von Pflege für unsere Gesellschaft als konstitutiv und für die Würde jedes Einzelnen als wesentlich anzuerkennen.

Mit freundlichen Grüßen,



Prof. Dr. h.c. Christel Bienstein
Präsidentin



Dr. Bernadette Klapper
Bundesgeschäftsführerin